

Stand: 09.02.2026 03:16:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15411

"Studieren 2020"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15411 vom 20.04.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 102 vom 25.04.2017

Initiativdrucksache 17/15411 vom 20.04.2017

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Oliver Jörg

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Verena Osgyan

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Interpellation der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr.**

**Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Studieren 2020 (Drs. 17/15411)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 72 Minuten. Gemäß § 68 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung hat in der Aussprache die interpellierende Fraktion das erste Wort. In diesem Fall ist also zunächst einer Rednerin bzw. einem Redner der Fraktion FREIE WÄHLER das Wort zu erteilen.

Als erster Redner hat demzufolge Prof. Piazzolo das Wort. Bitte schön.

**Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren und liebe Kollegen auch aus dem Hochschulausschuss!

(Isabell Zacharias (SPD): Viel mehr sind auch nicht da!)

– Doch; es sind schon noch ein paar mehr da. Auch die Zuschauertribüne ist besetzt. Insofern freue ich mich, dass wir uns heute etwas länger über die Hochschulpolitik unterhalten können. Das gelingt ja nicht immer.

Wir haben eine Interpellation zum Thema "Studieren 2020" und haben als FREIE WÄHLER zu diesem Thema 154 Fragen gestellt, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe – vielleicht sind es ein paar Fragen mehr. Jedenfalls haben wir 206 Seiten mit Antworten bekommen, auf die ich jetzt im Einzelnen nicht detailliert eingehen möchte. Ich möchte aber an dieser Stelle nicht verabsäumen, mich beim Ministerium und bei den Mitarbeitern des Ministeriums zu bedanken. Ich weiß: Natürlich ist es eine Heidenarbeit, so viele Fragen zu beantworten. Ich hoffe aber, dass das eine oder andere vielleicht auch der Selbstvergewisserung gedient oder auch zu neuem Nachdenken angeregt hat. Jedenfalls vielen Dank dafür.

Der aktuelle Bezug ist, glaube ich, doch gegeben. Wir hatten am letzten Wochenende einen March for Science, etwas, das nicht häufig passiert. Es ist neu, dass Wissenschaftler auf die Straße gehen, dass sich international mehrere Tausend Menschen über die Bedingungen an den Hochschulen, aber auch in der Politik beklagen. Große Schlagworte sind: alternative Fakten, Populisten, Wissenschaftsfeinde. Man könnte einige nennen, die inzwischen vieles infrage stellen, was auch die Wissenschaft bewegt und was sie in den letzten Jahren vorangebracht hat.

Ein zweiter Punkt, mindestens genauso besorgniserregend, aber vielleicht sogar am Thema näher dran, betrifft das, was Viktor Orbán in den letzten Wochen in Bezug auf die Hochschulpolitik seines Landes gemacht hat. Ich kann ganz klar sagen: Mit der Hochschulpolitik, die Viktor Orbán im Moment in Ungarn betreibt, ist dort die Freiheit der Wissenschaft bedroht. Ich will an dieser Stelle gerade auch an die Kollegen der CSU schon die Frage richten, wie lange man noch in einer gemeinsamen Fraktion im Europäischen Parlament sitzen möchte, nämlich in der EVP-Fraktion, wenn von Herrn Orbán Werte negiert werden, für die auch die Europäische Union an vorderster Stelle steht. Wenn eine internationale Universität wie die Central European University in Ungarn nicht mehr funktionieren kann, wenn sie verboten werden soll, dann ist das nicht nur ein Alarmzeichen, sondern dann ist das aus meiner Sicht auch spätestens der Schuss, der reichen müsste, um zu sagen: Das war's mit einer gemeinsamen Fraktion im Europäischen Parlament, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insofern gibt es eine ganze Reihe von Gründen, warum man über Hochschulpolitik im Allgemeinen und auch über Hochschulpolitik in Bayern sprechen kann.

Das ist auch mein dritter Punkt. Ich glaube, dass es in Bayern in der Hochschulpolitik eine ganze Reihe von Defiziten gibt, dass sie teilweise, zumindest hinsichtlich der politischen Aufmerksamkeit, in die Nische geraten ist. Das lag zum einen schon daran, dass es kein eigenständiges Wissenschaftsministerium mehr gibt, seit 2013 das

Schul- und das Wissenschaftsministerium zusammengelegt worden sind. Allein die Verwaltung richtig zusammenzuführen, hat ein Jahr gedauert.

In den letzten Jahren merkt und sieht man auch häufig und deutlich, worum sich der Minister intensiv kümmert. Ich freue mich selbstverständlich über die Anwesenheit bei der Staatssekretäre des Hauses. Ich will das überhaupt nicht kleinreden, sondern ich freue mich, dass Kollege Sibler und Herr Eisenreich da sind. Man merkt, dass Schult-hemen in den letzten Jahren deutlich Vorrang hatten. Ich nenne die Debatte zum G 8/G 9 und auch das Thema Konzertsaal, die Schulung von Flüchtlingen und vieles mehr. Dies mag auch daran liegen, dass die CSU und die Staatsregierung gerade bei den Themen Schule und Konzertsaal sehr lange geschlafen haben und deshalb nicht zu anderen Themen gekommen, sondern an diesen Themen hängen geblieben sind.

Es ist bezeichnend, dass man sich mit einem Thema wie der Hochschule wesentlich weniger beschäftigt hat, als das in der letzten Legislatur der Fall gewesen ist. Man kann eine ganze Reihe von entsprechenden Beispielen nennen. Vielleicht ist auch ein gewisser Erschöpfungszustand eingetreten.

In der letzten Legislatur war die Abschaffung der Studiengebühren das große Thema. Daran waren wir nicht ganz unschuldig. Weitere Themen waren der doppelte Abi-Jahr-gang, der Bologna-Prozess und die Exzellenzinitiative. Vieles ist bewegt worden. Im Moment hat man das Gefühl, dass das Thema Hochschule bei der Staatsregierung etwas in den Hintergrund geraten ist – deshalb auch diese Interpellation.

Ich möchte einen weiteren Punkt kurz anführen. Im Hochschulausschuss erleben wir häufig, dass die ursprünglich von der Staatsregierung gar nicht so betonte Autonomie der Hochschulen und Universitäten dauernd zu einem Argument gemacht wird, warum man politisch in vielen Bereichen doch sehr zurückhaltend reagiert – indem man näm-lich "Autonomie der Hochschule" sagt. Beim Thema wissenschaftliche Mitarbeiter wird eigentlich immer gesagt: Das machen wir mit den Verbänden; das ist Hochschulauto-nomie. Auch im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess wird vieles den Hochschu-

len zugeschrieben. Zu den Befristungen, aber auch überhaupt zu der schwierigen Situation der wissenschaftlichen Mitarbeiter kommt immer wieder als Entschuldigung: Da greifen wir gar nicht so stark ein, weil das die Hochschulen selber machen sollen.

Man muss einen weiteren Faktor konstatieren: Inzwischen wird Wissenschaftspolitik am goldenen Zügel der Bundesregierung geführt. Der Bund kauft sich mit viel Geld eine gewisse Leitlinienkompetenz in der Wissenschaftspolitik. Das merken wir bei der Exzellenzinitiative, das merken wir beim Hochschulpakt, das merken wir im Bereich der Drittmittel – dort ist es auch die EU. Schon einiges hat sich verschoben. Wenn man sich auch noch die Idee von Bundesuniversitäten oder Bundeshochschulen, die wieder eingepackt worden ist, vor Augen führt, merkt man, wohin die Richtung teilweise geht. Natürlich ist auch zu konstatieren, dass es viele Bundesländer gibt, die finanziell sehr, sehr klamm sind und auch in dieser Richtung argumentieren.

Durch die Interpellation ist auch deutlich geworden, dass es an einem klaren Leitbild fehlt. Man kann deutlich sehen: In der Wissenschaftspolitik verfolgt die Staatsregierung eher den Grundsatz: verwalten statt gestalten. Sicherlich wird einiges für die Hochschulen getan. Teilweise wird durch einige Verlagerungen, durch einige Neugründungen auch der ländliche Raum bedient. Das ist alles ganz sinnvoll. Es gibt auch eine zunehmend hohe Akademisierung. All das kann man konstatieren. Folgendes ist aber nicht klar, ist durch die Antworten auf die Interpellation auch nicht klar geworden und wird auch nicht klar werden: Wohin geht die Reise? Was wollen wir in der Hochschulpolitik, was wollen wir in der Wissenschaftspolitik erreichen? Meines Erachtens ist da vieles zu wenig ambitioniert und auch zu wenig beschrieben.

Wir FREIE WÄHLER sind anders. Wir haben klare Vorstellungen, wohin wir mit Hochschulen und Universitäten wollen. Wir sehen die Defizite klar, und wir können sie auch beschreiben. Ich will in der gebotenen Kürze auch einige wenige benennen. Ich glaube, dass wir im Moment an einer gewissen Zeitenwende stehen, dass große Herausforderungen auf unsere Gesellschaft zukommen und dass es nicht reicht, nur Rahmenbedingungen zu schaffen. Das bloße Abarbeiten von Hausaufgaben genügt in

Zeiten eines grassierenden Populismus, der Zunahme von Fake News und vielem mehr nicht. Ich glaube – nein, ich bin mir sicher –, dass sich die Hochschulen darauf einstellen und entsprechend reagieren müssen. Die Hochschulen bekommen neue Aufgaben. Es reicht nicht mehr aus, dass sie – in Anführungszeichen – "nur" lehren und forschen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Hochschulen offener werden müssen. Wir fordern – ähnlich wie Open Science – eine offene Hochschule.

Es ist richtig, dass viel Geld in die Hochschulen fließt. Die Hochschulen müssen aber deutlich machen, dass sie dafür der Gesellschaft etwas zurückgeben. Der Kampf gegen alternative Fakten muss auch von der Wissenschaft und damit auch von den Hochschulen geführt werden. Es genügt nicht – das sage ich durchaus kritisch in Richtung des einen oder anderen –, dass der unvermeidliche Politikwissenschaftler am Wahlabend etwas analysiert, was viele andere auch analysieren könnten. Es darf nicht mehr sein, dass in der Wissenschaft ein Fernsehauftritt vor fünf Millionen Zuschauern als anrühiger angesehen wird als ein Fachaufsatz, den nur fünf Kollegen lesen. Die Hochschulen sollten mehr in die Öffentlichkeit hinein wirken, das heißt mehr hinausgehen, statt zu viel Spezialistentum zu betreiben. Eine offene Hochschule – das ist eine Forderung, ein Leitbild der FREIEN WÄHLER, dessen Umsetzung wir in der nächsten Zeit intensiv vorantreiben wollen.

Unser zweites Leitbild sind finanzstarke Hochschulen. Wer die Antwort der Staatsregierung aufmerksam durchliest, stellt fest, dass der Tropf der Drittmittel immer größer wird, während sich der Anteil der Grundfinanzierung verringert. Die Entwicklung der Zahlen von 2000 bis 2014 zeigt, dass die Grundfinanzierung prozentual gesunken ist. Hochschulen – –

(Die Abgeordneten Karl Freller (CSU), Gudrun Brendel-Fischer (CSU) und Ingrid Heckner (CSU) unterhalten sich – Glocke des Präsidenten)

– Ja, Sie unterhalten sich gern.

(Isabell Zacharias (SPD): Das Thema ist für Sie anscheinend nicht so spannend!)



Das ist so, weil die Fraktion sonst wahrscheinlich zu wenig miteinander redet. Dann ist es halt hier notwendig.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wir sind ein paar Leute mehr als Sie! – Ingrid Heckner (CSU): Wir sind zu groß!)

– Ja, ihr seid zu groß. Das haben wir bei der Hochschulpolitik, aber insbesondere bei der Bildungspolitik gemerkt.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die CSU-Fraktion ist der Meinung, sie sei zu groß.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Eindeutig! – Widerspruch bei der CSU)

– Ich weiß, das war ein bisschen einfach.

(Ingrid Heckner (CSU): Wir sind zu groß, um uns dauernd miteinander zu unterhalten! Sie sollten schon korrekt sein!)

– Das nehmen wir gern auf. Danke schön für den Hinweis.

Auch der nächste Punkt – wissenschaftsbasierte Hochschulen – ist für uns sehr wichtig. Das Bachelorstudium wird teilweise nicht mehr als wissenschaftlich angesehen. Mit diesem Studienabschluss kann man zum Beispiel nicht in den höheren Dienst aufgenommen werden.

Wir FREIE WÄHLER sind der Auffassung, dass insbesondere beim Bachelorstudium eine größere Bandbreite eröffnet werden muss. Wir sagen immer noch sehr deutlich: Die Abschaffung des Diplomstudiums war einer der größten, wenn nicht der größte Fehler der Hochschulpolitik der vergangenen Jahre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gilt, noch einmal darüber nachzudenken, wie der Bologna-Prozess offener gestaltet werden kann.

Wir sind – auch darüber werden wir in der nächsten Zeit intensiv diskutieren – für demokratische Hochschulen. Wir wollen, dass die Studierenden beteiligt werden. Entsprechende Anträge und Gesetzentwürfe liegen vor. Inzwischen studieren beinahe 60 % eines Jahrgangs. Man kann sagen, die Hochschulen sind in vielen Bereichen zur neuen Volksschule geworden. Es geht darum, auch dort Demokratie einzuüben.

Unsere Hochschulen müssen digitale Hochschulen werden. Unsere diesbezüglichen Vorstellungen haben wir heute auch der Presse vorgestellt. An einigen Universitäten in den USA werden mittlerweile zwei Drittel bis drei Viertel der Vorlesungen ins Netz gestellt beziehungsweise über das Netz übertragen. Insoweit sind wir in Bayern noch weit zurück.

Lassen Sie mich als Schlussbemerkung ausführen: Die bayerische Hochschulpolitik spielt nicht in der Champions League, auch wenn dies von der Regierung häufig behauptet wird. In Bezug auf das Verhältnis zwischen Studierendenzahl und Einwohnerzahl sind uns Länder wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die Stadtstaaten sowieso, weit voraus. Da ist in Bayern noch viel zu tun. Bei der Betreuungsrelation zwischen Professoren und Studierenden liegt Bayern auf dem 13. Platz. Die Ausgaben für den Hochschulbereich erreichen bei uns nur einen Anteil von 0,6 % am Bruttoinlandsprodukt. Damit liegt Bayern auf dem 12. Platz. Auch bei den Bildungsausgaben liegen wir in der Rangliste der 16 Länder im zweistelligen Bereich.

Das alles ist kein Ruhmesblatt. Bayern erreicht damit noch nicht einmal einen Platz in der Europa League. Es ist noch kein Abstiegsplatz, aber wir bewegen uns, wenn wir die Bundesligasprache verwenden wollen, im grauen Mittelfeld. Bayern ist ein Land, das auf die Köpfe der Menschen und deren Potenziale angewiesen ist. Daher muss die Staatsregierung in vielen Bereichen nachlegen.

Insbesondere ist die Frage zu klären – dazu besteht jetzt die Gelegenheit –: Wohin will die bayerische Wissenschaftspolitik? In den vergangenen Jahren ist es nicht gelungen, entsprechende Leitbilder zu entwickeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Verena Osgyan (GRÜNE))

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Danke schön, Herr Kollege Piazzolo. – Nächster Redner ist Herr Kollege Jörg. Bitte schön, Herr Jörg.

**Oliver Jörg (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das ist nicht meine Rede.

(Oliver Jörg (CSU) hält die Antwort der Staatsregierung auf die Interpellation in die Höhe)

Ich erwähne dies, damit Sie keine Angst bekommen. Es wird jetzt nicht stundenlang um dasselbe Thema gehen, obwohl wir Hochschulpolitiker daran Freude hätten. Das, was Sie hier sehen, ist vielmehr das Ergebnis der Interpellation. Angesichts des Umfangs der Antwort haben Sie sicherlich ein Gefühl davon bekommen, wie viel Arbeit dahintersteckt.

Zunächst geht mein Dankeschön an die Kollegen der FREIEN WÄHLER. Sie haben die Initiative ergriffen, um auf der Grundlage einer Interpellation das Thema Hochschulen und Studieren in Bayern hier im Landtag präsent zu machen. Damit haben wir die Möglichkeit, mit etwas mehr Ruhe als sonst über die entsprechenden Themenfelder zu sprechen.

Noch größeren Dank sage ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wissenschaftsministeriums. Das war gigantisch viel Arbeit. Die Erstellung der Antwort hat über viele Monate hinweg erhebliche Ressourcen gebunden, und der normale Job ging weiter. Das, was im Wissenschaftsministerium geleistet wurde, ist nicht selbstverständlich. Nochmals vielen herzlichen Dank für die Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich will mit Ihnen gemeinsam die aktuellen Rahmenbedingungen für unseren akademischen Nachwuchs und für die gesamte Forschungs- und Wissenschaftsszene beleuchten. Mein Vorredner hat uns unterstellt, wir kümmern uns um die Bildungspolitik viel intensiver als um die Hochschulpolitik. Dem widerspreche ich. Wir haben die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Ich erinnere nur an unsere Beschlüsse aus der jüngsten Vergangenheit, zum Beispiel über den Doppelhaushalt. Daran wird deutlich, wohin es gehen soll.

Wir stehen für Regionalisierung, wollen aber auch weltweit exzellent unterwegs sein. Wir nehmen die Herausforderungen an, die aus den demografischen Veränderungen und aus der Notwendigkeit der weiteren Digitalisierung resultieren. Auch die Ausbildung an unseren Hochschulen muss sich daran ausrichten.

Der Wissenschaftsstandort Bayern ist nicht auf einem absteigenden Ast, sondern hoch attraktiv. Wir stehen trotz weltweiter Konkurrenz sehr gut da. Wir können uns nicht nur sehen lassen, sondern auch stolz mitmarschieren.

Bei uns in Bayern sind die klügsten Köpfe beheimatet. Auch daraus resultiert die Beliebtheit Bayerns bei den Studierenden: Während wir im Jahr 2000 noch 213.000 Studierende im Freistaat hatten, so sind es heute – die jüngsten Zahlen sind von 2016 – 378.000 Studierende. Das entspricht einem Plus von 77 %. Diese hohe Zahl wird übrigens nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland und weltweit generiert. Wir sind auch bei der Internationalisierung unserer Hochschulen gut vorangekommen.

Zu der Frage, warum die Studierenden – wie gesagt, nicht nur aus Bayern – so gern zu uns kommen, verweise ich auch auf das interessante Ergebnis einer repräsentativen Umfrage; 4.300 Studierende wurden befragt. Eine Frage lautete, wie attraktiv die Studierenden den Wissenschaftsraum einschätzen, vor allem im Hinblick auf die Karriereperspektive nach Abschluss des Studiums. 60 % der Befragten sagen: Bayern ist hoch attraktiv für meine Zukunft; deshalb will ich in Bayern studieren und möglicher-

weise für immer in Bayern bleiben. Das ist nicht überall der Fall. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in Baden-Württemberg sagen das 44 %, in Nordrhein-Westfalen lediglich noch ein Drittel der Befragten. Doppelt so viele Studierende sagen: Jawohl, ich will nach Bayern kommen, weil ich dort eine exzellente Ausbildung vorfinde; dort habe ich Zukunftsperspektiven. Was finden die Studierenden in Bayern vor? – Eine Ausbildungslandschaft der Vielfalt. Warum eine Ausbildungslandschaft der Vielfalt? – Weil die Begabungen der Menschen – das ist unsere Auffassung – individuell und verschieden sind. Wir wollen passgenaue Einrichtungen vorhalten, die auch im akademischen Bereich Antworten auf die Fragen der Zukunftsgestaltung der Menschen geben. Die Menschen sollten ihr Leben mit der Ausbildung gestalten, die die Steuerzahler ihnen gemeinsam auf den Weg geben.

Bayern verfügt über neun Universitäten, siebzehn Hochschulen für angewandte Wissenschaften, sechs Kunsthochschulen sowie viele private und kirchliche Hochschulen. Außerdem gibt es in Bayern fünf Universitätskliniken, die sechste wird gerade in Augsburg errichtet. Geschätzter Herr Kollege Piazzolo, Sie sagten, wir hätten keine Perspektive für die Zukunft – von wegen! Allein in der Medizin sind wir wegweisend unterwegs. Wir nehmen viel Geld in die Hand, um einen weiteren Universitätsklinikstandort in Bayern zu etablieren. Wir verfügen über dreizehn Max-Planck-Einrichtungen, in welchen unsere Wissenschaftler fleißig tätig sind. Wir haben drei Helmholtz-Zentren. Ein viertes Zentrum wird in Würzburg errichtet. Im Ballungszentrum München kommen die außeruniversitäre Forschung, die universitäre Forschung und eine starke Wirtschaft zusammen. Uns ist es gelungen, dieses Prinzip auch draußen auf dem Land zu etablieren. Wir haben sechs Institute der Leibniz-Gemeinschaft sowie dreizehn Institute und siebzehn Arbeits- und Projektgruppen von Fraunhofer.

Das Ganze kommt nicht von ungefähr. Das ist dem bayerischen Steuerzahler viel wert. Wir geben im Jahr 2018 5,6 Milliarden Euro für diese Schwerpunkte aus. Im Jahr 2008 – das ist zehn Jahre her – lagen wir bei 3,5 Milliarden Euro. Das sind über 50 % mehr Mittel für Hochschule und Wissenschaft. Geschätzter Herr Kollege Piazzolo,

wir lassen uns vor diesem Hintergrund nicht nachsagen, dass wir nicht wissen, wo es langgeht. Das Gegenteil ist der Fall. Wir in Bayern haben ein innovationsfreundliches Klima. Deshalb kommen die Studierenden nach Bayern. Sie können das an vielen Indizes festmachen. Bayern ist mit 15.800 Patentanmeldungen Spitzenreiter. Dies und die guten Studienbedingungen tragen den guten Ruf Bayerns weit in die Welt hinaus.

Lieber Herr Kollege Piazzolo, Sie haben bereits angesprochen, dass wir in Bayern die Studienbeiträge abgeschafft haben. Wir haben jedoch nicht gesagt: Dann fehlen uns halt 180 bis 200 Millionen Euro per annum, wenn wir die Mittel nicht bei den Studierenden einsammeln. Nein, den Steuerzahlern ist es wichtig, dass diese Mittel zur Kompensation des Wegfalls der Studienbeiträge, die die einzelnen Studierenden nicht mehr zahlen müssen, über den Staatshaushalt zweckgebunden zur Verbesserung der Studienbedingungen wieder eingebracht werden. Sie stehen seit der Abschaffung der Studiengebühren im Haushalt. Das macht 192 Millionen Euro aus.

Wichtig ist jedoch auch das Umfeld der Studierenden: Wie wohne ich als Student? Lieber Herr Kollege, dazu haben Sie überhaupt nichts gesagt. Bayern verfügt über 38.000 Wohnheimplätze. In diesem Monat entstehen 99 weitere Plätze in Bamberg und 410 in Erlangen. Außerdem sind 3.800 weitere Wohnheimplätze geplant und mit Mitteln hinterlegt. Sie werden kommen. Wir haben einen Plan für die Zukunft. Das ist die Antwort.

Die meisten können mit einer nackten Zahl nichts anfangen. Ich vergleiche Bayern mit den anderen Bundesländern, damit man das einsortieren kann. Wir nehmen alleine im Jahr 2017 32 Millionen Euro für dieses Thema in die Hand und haben 15 Millionen Euro reserviert, falls sie abgefragt werden. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie, was Niedersachsen in die Hand nimmt? – 3,5 Millionen Euro. Bayern macht zehnmal so viel. Das hat überhaupt nichts mit Parteipolitik zu tun. Das Deutsche Studentenwerk bescheinigt jährlich, dass Bayern beim Ausbau von Studentenwohnheimen mit Höchstfördersummen an der Spitze steht.

(Beifall bei der CSU)

Im Hochschulausschuss haben wir über einen interessanten Indikator noch gar nicht gesprochen: Warum sind manche Studiengänge zulassungsbeschränkt? – Weil die Kapazitäten – also die Kohle – nicht für alle reichen. Lassen Sie sich Folgendes auf der Zunge zergehen: In Bayern sind 29 % der Studiengänge zulassungsbeschränkt. Das ist im Verhältnis vertretbar. Wir sind weit besser als der Bundesdurchschnitt. Am liebsten würde ich den Herrn Staatsminister fragen, was er schätzt. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 41 %. Wo liegt Nordrhein-Westfalen? – In Nordrhein-Westfalen sind 37 % der Studiengänge zulassungsbeschränkt. Bei uns sind 29 % der Studiengänge zulassungsbeschränkt. In Niedersachsen sind 58 % der Studiengänge und in Baden-Württemberg 59,7 % der Studiengänge zulassungsbeschränkt. Glücklicherweise steht der Sechser noch nicht vorne dran. Das würde mir für die Studierenden in Baden-Württemberg leidtun. Die jeweiligen Regierungskonstellationen muss ich an dieser Stelle nicht hinterlegen.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Wir können nachher an anderer Stelle noch einmal darauf eingehen. Geschätzter Herr Kollege Piazzolo, von wegen, Bayern steht nicht gut da.

Ich will auf einen Punkt eingehen, den Sie angesprochen haben. Darüber haben wir schon viel diskutiert. Er betrifft die Hochschulautonomie und die Frage, wie eigenverantwortlich Hochschulen entscheiden, wie sie sich morgen aufstellen und organisieren. Jeder im Haus hat je nach parteipolitischer Couleur andere Vorstellungen. Was muss der Staat leisten? Inwieweit muss er lenkend, begleitend und direktiv tätig werden? Bei dieser Frage gehen die Philosophien auseinander. Das haben wir im Hochschulausschuss schon oft angesprochen. Wir stehen hinter der Hochschulautonomie, die meine Vorgänger im Jahr 2006 beschlossen haben. Warum? – Weil wir uns zum Prinzip der Eigenverantwortlichkeit und der Subsidiarität bekennen. Was draußen in einer kleineren Einheit und eigenverantwortlichen Organisation geleistet werden kann,

soll dort unabhängig von der Forschungsfreiheit auch stattfinden dürfen. Deshalb stehen wir dazu. Aus diesem Grund sind die Hochschulen für uns anders als für Sie Partner in der Entwicklung und Partner auf Augenhöhe.

Geschätzter Herr Kollege Piazzolo, Sie schreiben in einer Presseerklärung, die Bayerische Staatsregierung habe keinen Plan, keine Leitlinien und keinen Kompass. Das unterstellen Sie nicht nur der Staatsregierung, sondern auch unseren Hochschulleitungen draußen. Wir entwickeln Hochschulen partnerschaftlich zwischen der Staatsregierung und den Hochschulen draußen. Diese Pläne haben wir gemeinsam entwickelt. Wir geben den Hochschulen Planungssicherheit für die Zukunft. Wir legen in einem Innovationsbündnis fest, wo es in einem Zeitraum von fünf Jahren langgehen soll. Was erwarten wir, was erwartet der Steuerzahler von unseren Hochschulen, und was dürfen wir zu Recht erwarten? Und was erwarten die Hochschulen denn von denjenigen, die sie monetär ausstatten? Das ist im Innovationsbündnis festgelegt.

Im Übrigen, in welchem anderen Politikfeld wird über fünf Jahre finanziell fixiert, was in der Zukunft gemacht wird? – Ich glaube, es wäre auch eine feine Sache, wenn man im Umweltressort, im Landwirtschaftsressort oder im Innenressort schon exakt wüsste, wie viel man über fünf Jahre hinweg pro Jahr für die Polizisten etc. bekommt. Doch das gibt es nur im Hochschulbereich. Das ist uns wichtig, weil wir partnerschaftliche Begleiter aller Hochschulen sein wollen. Wir wollen partnerschaftliche Begleiter nicht nur der Hochschulen für angewandte Wissenschaften als der einen Familie und der Universitäten als der anderen Familie sein. Nein, wir wollen auch partnerschaftlicher Begleiter für jede einzelne bayerische Hochschule sein, indem wir mit ihr vertraglich festlegen, in welche Richtung es gehen soll, worin Ziele und Schwerpunkte bestehen, wie man sie als Freistaat Bayern bestmöglich begleiten kann. Das ist – und das ist auch ganz gut so – in der Grundphilosophie eine andere Haltung, als sie heute manch einer von einer anderen politischen Farbe einnimmt. Damit wissen die Bürgerinnen und Bürger draußen, wofür wir als Christlich-Soziale Union stehen.



Ich will noch einen anderen Punkt ansprechen, der die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit im partnerschaftlichen Umgang mit den Hochschulen weiter untermauert und unterlegt. Ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen haben. Vor einiger Zeit hat der Bund dankenswerterweise entschieden, dass er die Finanzierung des BAföG übernimmt. Das war für alle Bundesländer eine gigantische Entlastung. Aber alle Länder, so wie sie im Bundesrat vertreten sind, haben sich damals dazu verpflichtet, die frei werdenden Mittel in Hochschulen, mindestens aber in Bildung, zu investieren. Eigentlich sollten sie aber in die Hochschulen investiert werden, weil die BAföG-Mittel, die die Länder bis dahin bezahlen mussten, für die Studierenden da waren.

Schauen wir uns einmal an, wo die frei gewordenen Mittel in den jeweiligen Ländern gelandet sind. In Bayern sind sie nahezu zu 100 % im Hochschulbereich gelandet. Was wir damit machen, unterstreiche ich gleich noch, denn das sind ja auch die notwendigen Spielräume, um Schwerpunkte zu setzen. Schauen wir uns mal an, wie es anderswo aussieht und was mit dem Geld passiert. Damit Sie ein Gefühl dafür haben – der Herr Staatsminister korrigiere mich bitte –, es geht für Bayern insgesamt um etwa 130 Millionen Euro oder um noch mehr. Bei anderen großen Flächenländern ist das ähnlich einzutaxieren.

Thüringen, Rot-Rot: 50 % der Mittel kamen in den Hochschulen an. Wo der Rest ist – ich habe mir als Hochschulpolitiker nicht die Mühe gemacht, nachzusehen, ob er in der Landwirtschaft oder in der frühkindlichen Bildung steckt –, weiß ich nicht. Eins ist mir als Hochschulpolitiker aber wichtig: Es ist peinlich, dass nur 50 % bei den Hochschulen landen.

Baden-Württemberg, grüner Ministerpräsident, grüne Wissenschaftsministerin: 50 % der Mittel landen in der Hochschule. Wo die restlichen 50 % sind – darüber kann vielleicht nachher ein Kollege oder eine Kollegin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufklären.

Brandenburg, Rot-Rot: Nur noch 27 % der Mittel fließen in die Hochschulen. Also keine Rede von 100 % oder 95 %, nur 27 % fließen in die Hochschulen.

Ich trage das vor, damit Sie ein Gefühl für die anderen Länder kriegen, auch etwa für Schleswig-Holstein.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sind wir im Statistischen Bundesamt?)

– Wir müssen schon vergleichen, damit wir wissen, wo wir stehen. Mit nackten Zahlen kann niemand etwas anfangen, man muss wissen, wie es die anderen machen und wo Bayern steht. Nur so kann man wissen, wo man morgen stehen will.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wollen Sie auch mal was Inhaltliches sagen, oder wollen Sie nur mit Statistiken kommen?)

Schleswig-Holstein: 0 %.

Nun müssen wir uns aber auch mit einem größeren Land messen: Nordrhein-Westfalen ist ganz besonders schlau. Dort machen sie einen Taschenspielertrick. Nordrhein-Westfalen nimmt die Mittel und setzt sie in der Tat für die Hochschulen ein, aber wissen Sie, wofür? – Um die Kofinanzierung für das, was die Länder beim Hochschulpakt an Kohle beibringen müssen, herzustellen. Dafür nehmen sie die frei werdenden BAföG-Mittel. In Bayern ist davon nicht die Rede. In Bayern wird separat finanziert, und obendrauf werden diese Mittel für den Hochschulpakt finanziert.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich jetzt einen inhaltlichen Punkt, der mir ganz wichtig ist, ansprechen. Dieser Punkt war meiner Fraktion insbesondere bei der Aufstellung des laufenden Doppelhaushalts ganz wichtig. Worin besteht ein Schwerpunkt unserer Entwicklungsstrategie? – Auf der einen Seite wollen wir an unseren Universitäten die Exzellenz fördern, auf der anderen Seite wollen wir die Chance nutzen, die sich in den Siebzigerjahren aufgetan hat. Damals wurden in fast allen Landesteilen Hochschulen für

angewandte Wissenschaften gegründet, und in den Neunzigerjahren gab es nochmals eine Gründungswelle von Hochschulen für angewandte Wissenschaften. So haben wir in ganz Bayern Hochschulräume entwickelt. Im Umkreis von 70 bis 80 km finden Sie überall eine Hochschuleinrichtung, die akademische Ausbildung betreibt. Dieses Erfolgskonzept, Bildung zu den Menschen in den Regionen zu bringen, haben wir im Konsens mit der bayerischen Bevölkerung noch einmal getoppt und gesagt: Wir müssen alle Landesteile in Bayern, sowohl die städtischen als auch die ländlichen Räume, gleichermaßen fördern. Wir haben ein neues Netzwerk von dezentralen Hochschulstandorten in den Regionen aufgemacht. Jetzt müssen Sie keinen Kreis von 70 km mehr ziehen, sondern geschätzt nur noch einen von 30 bis 40 km. Dies wird noch durch Technologietransferzentren ergänzt, die in die Regionen hineinwirken.

Warum ist das so wichtig? – Dies ist so wichtig, weil die Bildung, auch die akademische Bildung, zu den Menschen kommen muss. Da gibt es nichts zu schmunzeln. Bayern glaubt, dass das ein richtiger Weg ist.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

– Liebe Isabell Zacharias von der SPD, nennen Sie mir ein anderes Bundesland, das diesen Weg geht.

Im Übrigen werden wir auch von manchen kritisiert. Der Wissenschaftsrat empfiehlt mindestens 3.000 Studierende pro Hochschule, da andernfalls die Masse, ab der es wissenschaftlich kritisch wird und bei der sich Lehre und Studium wechselseitig befruchten, nicht erreicht wird. Deswegen haben wir keine eigenständigen kleinen Hochschulen gegründet, zum Beispiel in Feuchtwangen oder in Rothenburg. Wir haben uns stattdessen entschieden, die Entwicklung jeweils gemeinsam mit einer Mutterhochschule voranzutreiben, um den kritischen Dialog zwischen Wissenschaft, Lehre und Forschung zu ermöglichen. Wir haben in Bayern mittlerweile 30 Nebenstandorte, um die Bildung zu den Menschen zu bringen.

Jetzt nenne ich noch die andere Komponente, die mindestens genauso wichtig ist: Junge Akademiker in der Region zu haben, ist sehr wichtig, auch wenn man daran denkt, wie die Fachkräfte von morgen für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen gesichert werden können. Wie halten wir die Menschen in der Region? Wie stellen wir zwischen dem Wirken besonders der Hochschulen für angewandte Wissenschaften und den Herausforderungen, denen sich unsere Unternehmen im Forschungsbereich zu stellen haben, fruchtbare Verbindungen her? Ein kleines mittelständisches Unternehmen kann unter Umständen nicht die Mittel bereitstellen, eine Forschungsabteilung zu unterhalten. Aber vielleicht kann es in enger Partnerschaft mit einer Hochschule die notwendigen Ressourcen aufbringen. Dies führt in der Region dann auch wieder dazu, dass die Menschen gerne im ländlichen Raum daheim sind, dort auch bleiben, und junge Menschen dort eine Zukunft haben. Für unsere Politik ist das essenziell, und essenziell ist es auch, Bayern im Gleichklang zu entwickeln.

Auch wirtschaftlich ist das hochinteressant. Wenn man sich mal die Wertschöpfung in den Regionen genau anschaut, stellt man fest: Die Hebewirkung eines Akademikers liegt im städtischen Raum, wissenschaftlich erwiesen, bei um die 150.000 Euro. Im ländlichen Raum liegt sie aber bei 350.000 Euro. Umso wichtiger ist es, dass die jungen Menschen unsere Regionen bereichern. Deswegen gibt es unter anderem Standorte in Kronach, Miltenberg, Rothenburg, Cham, Tirschenreuth, Neuburg an der Donau, Mühldorf, Pfarrkirchen. Das ist unsere Vision, wie Hochschulpolitik auch morgen gestaltet wird.

Wir begleiten die Finanzierung der Technologietransferzentren. Entgegen der ursprünglichen Zusage der Partner haben wir sie sogar mit einer Grundfinanzierung ausgestattet; denn ursprünglich war der Deal, dass sie nach fünf Jahren eigenständig laufen müssen.

Herr Kollege Piazzolo, wichtig ist, dass wir die Forschung stärken, insbesondere an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften; denn wir glauben, dass da noch viel mehr Musik drinsteckt. Wir haben die Professoren noch mehr freigestellt, damit sie

Zeit zum Forschen haben. Allein dafür haben wir fast 50 Stellen gemeinsam mit der Fraktion vorgesehen. Wir haben aber auch an die Begabtenförderung gedacht.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Denken Sie bitte an die Zeit.

**Oliver Jörg (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht unser Verdienst, sondern das Verdienst derer, die die Hochschulen vor Ort gestalten, der Hochschulleitungen und derjenigen, die von morgens bis abends pauken, damit sie ein ordentliches Examen hinlegen. Deshalb ein herzlicher Dank an unsere Studierenden. Wir wollen mit ihnen gemeinsam die zukünftigen Herausforderungen bei der Digitalisierung und auf vielen anderen Themenfeldern, die auf uns zukommen, bewältigen. Ich danke auch unseren Spitzenforschern, die es uns erlauben, gemeinsam mit ihnen Hochschule zu gestalten. Vielen herzlichen Dank!

Eines am Schluss: Wir haben heute die akademische Bildung in den Mittelpunkt gerückt.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Lieber Kollege, Sie haben jetzt schon eine Minute überzogen.

**Oliver Jörg (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Wir brauchen viele Akademiker, und wir brauchen gute Akademiker. Wir brauchen aber nicht nur Akademiker, sondern vor allem auch die berufliche Ausbildung.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Herr Kollege Jörg. – Frau Kollegin Zacharias, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Isabell Zacharias (SPD):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, Anwesende – –

(Erwin Huber (CSU): Abwesende!)

– Genau. Das sind leider viel mehr. – Ich habe Herrn Kollegen Oliver Jörg sehr genau zugehört. Lieber Oliver Jörg, das hörte sich an wie eine Bewerbungsrede für die nächste Legislaturperiode, um Minister zu werden. Da müssen wir aber noch ein paar Gespräche führen; denn der Inhalt der Rede war recht dürftig. Du hast hier ein Feuerwerk der Geschichten abgefeckelt, als wenn wir Silvester hätten. Dabei hatten wir gerade erst Ostern.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich kurz auf diese Interpellation Bezug nehmen: Die Antwort auf diese Interpellation umfasst 226 Seiten. Ich möchte meinerseits dem Minister, dem Staatssekretär und vor allem den Herren und Damen, die diese Antwort erarbeitet haben, meinen allerherzlichsten Dank aussprechen. Ich habe bei dieser Interpellation 157 Fragen gezählt. Leider haben die Mitarbeiter des Ministeriums dafür andere Arbeiten liegen lassen müssen. Das ist schade. Ich werde gleich Themen benennen, die ich für wichtiger gehalten hätte.

Eines muss ich sagen: Ich habe diese 226 Seiten bis zum letzten Satz durchgelesen. Ich habe immer gehofft: Jetzt gleich bekommst du eine Neuigkeit. Jetzt wirst du gleich eine neue Erkenntnis bekommen, eine Erkenntnis, die du noch nie im Hochschulausschuss, in den Zeitungen oder in den Verlautbarungen des Ministers bekommen hast.

– Mitnichten. Kolleginnen und Kollegen, da stand nichts Neues drin, nicht ein neuer Satz. Das war fast Nötigung. Ich habe in meinen Osterferien 226 Seiten gelesen und nichts Neues dabei erfahren.

Herr Minister, ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich mir mehr von Ihnen erwartet hätte. Ich denke aber auch, dass diese Interpellation blöde Fragen enthielt, wenn ich das einmal unkontrolliert sagen darf. Herr Piazzolo, ich weiß, dass Sie ein schlauer Mann sind. Aber diese Fragen fand ich dürftig. Sie sind auf die großen Herausforderungen der Hochschulpolitik in Bayern nicht eingegangen. Ihre Fragen waren so komisch und so verschwurbelt gestellt, dass natürlich auch die Antworten verschwurbelt und komisch sind. Ich habe daraus keinen Erkenntnisgewinn gezogen, was ich bitter finde; denn ich habe die Zeit, um die Antwort zu lesen, verschwendet. Außerdem sind

die verschwurbelten Antworten, die die Damen und Herren im Ministerium vorbereitet haben, durch den Flaschenhals von Staatssekretär und Minister gegangen. Gute Antworten wurden dadurch "kastriert". Nein, ich rege mich nur unnötig auf.

Ich stelle fest, dass die Antwort dürftig ist. Kolleginnen und Kollegen, ich hätte andere Fragen, von denen ich erwarten würde, dass die Staatsregierung dazu Stellung nimmt. Danach hätten die FREIEN WÄHLER fragen können. Herr Kollege Jörg, ich nenne nur mein Lieblingsthema, die Frauenförderung. Am 27. November 2013 – Herr Minister Spaenle, ich erinnere mich, als wäre es vorgestern gewesen – waren Sie zum ersten Mal als Minister in unserem Ausschuss. Damals habe ich Sie dezidiert gefragt, was denn Ihre Schwerpunkte sind. Sie haben damals viele Schwerpunkte genannt. Sie haben über die Exzellenzinitiative fabuliert und über die Stärkung des Hochschulstandorts Bayern schwadroniert. Das Thema Frauenförderung haben Sie nicht genannt. Die Frauenförderung wurde zum ersten Mal im Jahr 2014 als Schwerpunktthema genannt, als Sie Pakte mit den Universitäten unterschrieben haben, in denen die Internationalisierung und die Frauenförderung als Schwerpunktthemen benannt wurden. Bis heute sehe ich aber keine großen Effekte. Bis heute sehe ich nicht, wo Sie bei den beiden Themen Internationalisierung und Frauenförderung eine "spaenleeske" Tat vollbracht hätten.

Die Chancengleichheit in der Wissenschaft ist für die SPD-Landtagsfraktion eine große Herausforderung. Es gilt, dass wir Frauen im Hochschulbereich die gleichen Chancen wie die Männer haben müssen. Ich muss Ihnen nicht erzählen, dass genauso viele Frauen wie Männer anfangen zu studieren, aber in Bayern nur 17 % aller Professuren tatsächlich von Frauen besetzt werden. Nur 17 %. Was ist mit den anderen 83 %? – Viele Frauen versanden und merken, dass sie am Hochschulstandort Bayern keine Karriere machen werden. Entweder wandern diese Frauen ab, bekommen Kinder und merken dann, dass die Kompatibilität von Familie einerseits und Universität und Wissenschaft andererseits nicht funktioniert, oder diese Frauen gehen ins Ausland. Sie sind dafür verantwortlich, dass in Bayern Frauen nur einen niedrigen zwei-

stelligen Prozentsatz der Professuren besetzen können. Wir brauchen eine Gleichstellungsstrategie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Genau. Ihr dürft gern mal klatschen.

(Karl Freller (CSU): Wer war jetzt das?)

Herr Minister, ich erwarte von Ihnen, dass Sie die Gleichstellungsstrategie zur Chefsache machen. Sie müssen sich dafür verantwortlich fühlen, dass wir Frauen in der Wissenschaft eine Chance haben. Wir müssen bei gleicher Ausbildung gleichberechtigt die gleichen Positionen einnehmen können wie die Männer. Da haben Sie noch verdammt viel zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema "Chancengleichheit in der Wissenschaft" ist es auch wichtig, dass die Gleichstellungsziele, die in den Zielvereinbarungen stehen, verfolgt werden. Bekommt eine Universität oder Hochschule das gut hin – und das ist durchaus bei einigen Hochschulen der Fall –, muss sie dafür belohnt werden und mehr Geld bekommen. Kolleginnen und Kollegen, Hochschulen, die das nicht tun, müssen dafür Geld abgezogen bekommen; denn sonst kann man sich eine solche Zielvereinbarung auch in den Einrichtungen der häuslichen Notdurft aufhängen. Für mich sind Zielvereinbarungen bindend. Mache ich etwas gut, werde ich belohnt. Mache ich etwas nicht gut, werde ich dafür "ent-lohnt". Das ist eine ganz einfache Strategie, die in vielen Bereichen funktioniert.

Ich erwarte alle drei Jahre einen Genderreport, in dem dargestellt ist, wie es mit Frauen in Bayern im Wissenschaftsbereich aussieht. – Herr Minister, Sie sollten mir ganz genau lauschen. Er will mir aber gar nicht lauschen. Das Schöne ist, dass wir heute endlich einmal richtig lange über Hochschulpolitik reden können und der Minister mir nicht auskommt. Wenn er mir aber nicht zuhört, ist das traurig.



(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das stimmt!)

Wir brauchen alle drei Jahre einen Genderreport, um aufgrund von Daten und Fakten zu entscheiden, was gut funktioniert und was nicht gut funktioniert. Wenn wir aber kein Datenmaterial haben, können wir nicht entscheiden. Wir brauchen eine Gleichstellung im Hochschulgesetz. Die Frauen und die Frauenbeauftragten müssen in der Erweiterten Hochschulleitung und im Hochschulrat sitzen. Herr Minister, davon sind Sie Meilen entfernt. Herr Kollege Piazzolo, Sie haben danach nicht gefragt, und der Minister hat diese zentrale Frage im Rahmen der Antwort auf diese Interpellation auch nicht beantwortet.

Nun zur Einführung der verfassten Studierendenschaft. Liebe CSU, ich weiß, dass das für euch schlimm ist. Ihr habt die verfasste Studierendenschaft Anfang der Siebzigerjahre abgeschafft. Oliver Jörg, du hast vorhin gesagt, die Demokratisierung sei für euch ein hohes Gut. Dazu braucht es aber eine verfasste Studierendenschaft mit finanziellen Möglichkeiten. Ich teile das Ziel einer autonomen Hochschule mit vollen Verantwortlichkeiten. Ich würde sogar für einen Globalhaushalt plädieren, mit dem wir den Hochschulen einen Batzen Geld rüberschieben, und die Hochschulen und die Universitäten können dann selbst entscheiden, was sie können und was sie nicht können.

Wir brauchen eine verfasste Studierendenschaft. Ich bin den GRÜNEN dankbar, dass sie dazu einen Gesetzentwurf eingebracht haben, den wir schon vor so langer Zeit eingebracht haben, dass daran schon Spinnweben haften. In 15 Bundesländern gibt es eine verfasste Studierendenschaft, und wo nicht? – Das ist ja wie mit dem gallischen Dorf. Wir sind hier aber nicht in Gallien, wir sind in Deutschland. Wir brauchen die verfasste Studierendenschaft. Es ist höchste Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nur am Rande den Aspekt der Studierenden in der Hochschulleitung streifen. Wir haben unlängst über dieses Thema debattiert. Das Einzige, das bei mir davon

hängen geblieben ist, ist Folgendes: Liebe CSU, ihr traut den jungen Menschen nichts zu. Herr Huber, Sie sind doch so ein Wirtschaftsspezialist. Sie wissen doch, wie gut es ist, wenn man Vertrauen in junge Menschen setzt. Das gilt für Ihre Kollegen Hochschulpolitiker aber nicht.

Ich sage Ihnen: Junge Leute an den Universitäten können sehr wohl auch Hochschulleitung. Die können das! Das sind schlaue Frauen und Männer, traut ihnen also etwas zu, und sagt ihnen nicht, dass sie einfach ein bisschen studieren sollen. – Ich weiß schon, Oliver Jörg, du hast leider keine Redezeit mehr, darauf wirst du jetzt nichts antworten können.

Ich komme zu einem weiteren Punkt; der Kollege Jörg hat ihn so schön ausgeführt: die Regionalisierungsstrategie – 30 neue Standorte, die witzigerweise ganz eng mit aktiven Abgeordneten zusammenhängen, zum Beispiel einem Staatssekretär. Das will ich jetzt aber gar nicht weiter vertiefen. Wenn man diese Regionalisierungsstrategie wirklich will – darüber kann man ja unterschiedlicher Meinung sein; ich teile das eher nicht, kann aber verstehen, dass für gleichwertige Lebensverhältnisse die akademische Bildung ein hohes Gut ist; da sind wir näher beieinander, als mancher glaubt –, dann gehört für mich eine Sache unbedingt dazu. Und da, Kollege Jörg, rufe ich dir zu: Dann brauchen wir auch ein bayernweites Semesterticket.

Wenn wir wollen, dass die Strukturen miteinander verbunden werden, und wenn wir wollen, dass euer Regionalisierungskonzept mit dem Austausch von Praktikanten, mit der Nutzung von Bibliotheken und Archiven behände und geschwind umgesetzt wird, dann brauchen wir auch das bayernweite Semesterticket. Das bedeutet, dass man sich mit einem Semesterticket kostengünstig von Würzburg bis nach Lindau, von Rosenheim bis nach Bayreuth oder sogar bis nach Aschaffenburg bewegen kann. Wer eine Regionalisierung will, muss auch die Möglichkeit eines bayernweiten Semestertickets vorhalten. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit einem Blick auf die Uhr stelle ich fest, dass 18 Minuten Redezeit doch nicht so lang sind, wie ich dachte. Ich straffe daher meinen Beitrag ein wenig. Das ist echt bitter – aber noch kommt ihr mir hier nicht raus!

(Zuruf von der CSU: Schade!)

– Das ist in der Tat schade, Herr Huber, aber ich habe noch 7,5 Minuten, und das reicht, um euch klarzumachen, dass ihr auf dem Holzwege seid, was die Hochschulpolitik anbelangt.

Ein weiteres Thema, zu dem weder die FREIEN WÄHLER nachgefragt haben noch – und das finde ich viel dramatischer; denn vielleicht erledigt sich das mit den FREIEN WÄHLERN schneller, als wir alle hoffen – Minister Spaenle etwas gesagt hat, von dem ich das erwartet hätte, ist das barrierefreie Studieren mit Behinderung oder chronischer Erkrankung. Darauf ist überhaupt nicht eingegangen worden.

Es geht um die Hochschule für alle,

(Oliver Jörg (CSU): Das machen wir!)

aber 10 % aller Studierenden gehören genau zu jener Gruppe; sie sind entweder behindert oder haben eine chronische Erkrankung. Wir haben sowohl in der letzten Legislaturperiode als auch in dieser bereits mehrere Forderungen erhoben, beispielsweise nach einer Stärkung des Behindertenbeauftragten. Dieser muss selbstverständlich im Hochschulrat und in der Erweiterten Hochschulleitung sitzen, um die Belange dieser Zielgruppe authentisch vertreten zu können.

Überdies brauchen wir zentrale Beratungsstellen. Kollege Jörg, die KIS an der Würzburger Uni ist doch ein sensationelles Vorbild dafür, wie man Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ein System aus einer Hand anbieten kann, so dass die Betroffenen sich nicht an zehn verschiedene Stellen wenden müssen: Krankenkassen, Regierungsstellen, kommunale Stellen usw. Es gibt so viele Möglichkeiten. KIS bietet genau das an.

(Oliver Jörg (CSU): Es geht doch! Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind da!  
Das kann jeder nachmachen!)

Ihr habt unseren Antrag abgelehnt. Bei der Schaffung von barrierefreiem Wohnraum gibt es nach wie vor ein Defizit.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Jörg sagte zu Recht, dass wir im Wohnungsbau für Studierende ganz gut vorangekommen sind. Da kann man anderer Meinung sein. Wenn man einmal schaut, wer in der letzten Zeit die meisten Studierendenwohnungen eingeweiht hat – also das Band bei der Eröffnungszeremonie durchgeschnitten hat –, dann war das nicht der Freistaat Bayern, sondern das waren freie Träger. Schmückt euch also nicht mit Erfolgen, die ihr nicht zu verantworten habt.

Die Anhebung der Mittel für die Studentenwerke ist für mich ein wichtiges Thema. In den letzten zehn Jahren wurden die Mittel pro Studierenden nicht erhöht, sondern halbiert. Das muss man sich mal vorstellen: Es gibt immer mehr Studierende, aber wir haben die Mittel, die wir den bayerischen Studentenwerken pro Studierenden zur Verfügung stellen, halbiert. Das heißt, dass bei der psychosozialen Beratung – –

(Zurufe von der CSU)

– Psychosoziale Beratung – darüber wird nicht gelacht! Das ist ein ernstes Thema für viele Studierende, weil sie mit ihren Herausforderungen – arbeiten gehen, zu Hause eine kranke Mutter pflegen usw. – nicht zurechtkommen. Was ist denn daran so witzig, Herr Kollege? – Es ist wirklich bitter, wenn Sie das so zum Lachen finden. Dazu fällt mir einiges ein, aber da ich keine erneute Rüge vom Herrn Präsidenten riskieren möchte, schlucke ich meinen Kommentar herunter und blicke einfach in die andere Richtung. Das ist wirklich bodenlos!

(Zurufe von der CSU)

Ich stelle immer wieder fest, dass die Studentenwerke erhebliche Mittel brauchen, um Studierende mit Fluchthintergrund zu unterstützen. Dafür braucht es weitere Beratungsinstitutionen. Die CSU-geführte Staatsregierung hat diese Mittel in den letzten Jahren halbiert.

Wir brauchen an den Universitäten und Hochschulen Instrumente, um das Problem des Studienabbruchs in den Griff zu bekommen. Es ist bekannt, dass immer noch zu viele Studierende ihr Studium abbrechen. Hierzu haben wir eine Anhörung durchgeführt. Dafür gibt es viele Gründe: Zum einen sind es finanzielle Gründe, und zum anderen haben die jungen Leute etwas ganz anderes von ihrem Studium erwartet. Wir brauchen also richtig gute Beratungsmöglichkeiten an den Universitäten und Hochschulen, damit derjenige, der ein Fach studieren möchte, feststellen kann, ob er dort auch richtig ist.

Es geht auch darum, dass Beratungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, wenn im Laufe des Studiums festgestellt wird, dass das angefangene Studium – das ist auch sehr wichtig für angehende Lehrerinnen und Lehrer – vielleicht nicht das Richtige ist. Hier gibt es noch kein Studienorientierungsverfahren, um Studienabbrüchen entgegenzuwirken.

Ich möchte noch ein paar Ausführungen zur Knappheit der Masterplätze machen. Es ist klar, dass wir uns dieses Problems annehmen müssen. Die Studierenden sehen sich der Tatsache gegenüber, dass es bundesweit 17.000 Studiengänge für Bachelor und Master gibt. Hier herrscht eine riesige Unübersichtlichkeit, die für die jungen Menschen, die feststellen wollen, was sie eigentlich studieren sollen, eine Vollkatastrophe bedeutet.

(Oliver Jörg (CSU): Das stimmt!)

Das ist nicht nur im übrigen Deutschland eine Katastrophe, sondern das gilt auch für uns hier in Bayern. Es gibt kein zentrales Bewerbungsportal. Wir wissen übrigens – das wird in der Interpellation zwar behauptet, aber das ist falsch –, dass die meisten

Bachelor- und Masterstudiengänge nicht neu geschaffen worden sind. Sie sind einfach nur in Modulsysteme hineingepresst worden. Es stimmt also nicht ganz, wenn es heißt, dass der viel gescholtene Bologna-Prozess so viel Neues obendrauf gesetzt hätte.

Die schlechten Studienbedingungen wurden von einem Drittel der Studierenden bemängelt. Das ist ein hoher Prozentsatz, den wir in den Blick nehmen müssen. Das Thema Diskriminierung an Hochschulen ist mir ein wichtiges Anliegen. Wir hatten unlängst eine Anhörung dazu. Es gibt einige Punkte, die mich in meiner universitären Laufbahn beeinträchtigen können. Man braucht sich bloß zu fragen: Bin ich eine Frau? Bin ich ein Ausländer? Trage ich einen ausländischen Nachnamen? Habe ich eine Fluchtgeschichte? Habe ich eine Behinderung? – All das kann Studierende nachweislich benachteiligen. Das gilt für die Universitäten ebenso wie für die wissenschaftliche Laufbahn. Diese Fakten wurden belegt durch den Antidiskriminierungsbericht aus dem Bundestag. Wir haben dazu verschiedene Professoren angehört. Ich bin gespannt, wie Sie die Anträge hierzu behandeln werden; denn jener Bericht wurde ja auch von der CSU im Bund so angenommen.

Das Thema Internationalisierung ist mir insofern ganz wichtig, als es ein wichtiges Thema für Herrn Minister Spaenle ist. Herr Minister Spaenle, ich rufe Ihnen hier und heute zu: Ich kann nicht erkennen, dass wir in den letzten Jahren im Ausland ein höheres Ansehen gewonnen haben. Wir waren auf vielen Auslandsreisen – Oliver Jörg, du erinnerst dich –: Wir waren in Südamerika, und wir waren auch in China. Wir sind aber immer mit der Tatsache konfrontiert worden, dass bayerische Universitäten nicht ganz oben auf der Liste der Wunschuniversitäten der jungen Menschen stehen.

Sie weisen zum Beispiel darauf hin, dass wir im Shanghai-Ranking – das eigentlich total dämlich ist –, bei dem ausländische Studenten erklären, an welche ausländischen Universitäten sie gerne gehen wollen, keine Rolle spielen. Wir brauchen hier ein Bayern Angebote, damit ein internationaler Student hier eine Wohnung findet, Sprachkurse belegen kann und eine Betreuungssituation vorfindet. Die haben wir

nicht. Es ist uns nicht gelungen, die Lage der ausländischen Studierenden und der ausländischen Professorinnen und Professoren zu verbessern.

Abschließend möchte ich noch sagen: Mich ärgert, dass Sie, Herr Minister Spaenle, nicht erkannt haben, wie wichtig es ist, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die der vorherige Minister sehr stärken wollte, zu unterstützen. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben beim doppelten Abiturjahrgang über alle Maßen Anstrengungen unternommen, um alle Studierwilligen aufnehmen zu können.

Wir brauchen mehr Grundfinanzierung für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften; wir brauchen eine eigene Förderlinie, und wir brauchen – das ist für mich ganz entscheidend – ein eigenes Promotionsrecht. Dieses Kastrat der gebundenen Promotion, immer am Bändel der Mutter Universität, darf nicht länger sein. Trauen Sie den Hochschulen für angewandte Wissenschaften etwas zu! Die können etwas! Die können viel mehr, als wir insgesamt glauben.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend bleibt für mich festzustellen: Die Interpellation hat mich jetzt nicht vom Sofa geholt.

(Erwin Huber (CSU): Vom Hocker gerissen!)

Ich fand sie langweilig in den Fragen und noch langweiliger in den Antworten. Eines ist aber offensichtlich geworden: Der Minister ist völlig strategiefreit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Kollegin Zacharias. – Die nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Osgyan. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Verena Osgyan (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, hier gab es mehrere Menschen, die während der Osterzeit mit großer Verwunderung eine sehr lange Interpellation gelesen haben. Ich kann es nur so zu-

sammenfassen: Hier wurde die große Chance vertan, eine Bestandsaufnahme, und zwar eine ehrliche Bestandsaufnahme, eine konstruktive Bestandsaufnahme der bayerischen Hochschullandschaft vorzulegen. Wenn ich die Interpellation lese, dann kann ich hier eher von mittelalterlicher Hofberichterstattung sprechen. Es wurden keine Fakten genannt, alles Mögliche wurde beschönigt, und im Zweifelsfall weiß man es nicht genau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht ist das ja Tradition. Wenn man nämlich auf die Geschichte der bayerischen Hochschullandschaft blickt, dann zeigt sich: Wir haben 1472 die erste Universität bekommen. Das war damals unter Herzog Ludwig dem Reichen. Angeblich hat er sich persönlich um Unterkunft und Verpflegung der mittellosen Studierenden gekümmert.

Nun ist die Frage, wie stehen wir heute, 500 Jahre später, im Hinblick auf eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen da? Haben wir eine gute Infrastruktur, haben wir eine soziale Flankierung des Studiums? Ist dies der Anspruch der jungen Menschen und nicht mehr ein feudales Geschenk des Landesherrn? Man kann sagen, Ludwig der Reiche hatte damals sicherlich einen Plan, was er mit der einen Hochschule wollte. Diesen Plan würden wir heute als Demokraten wahrscheinlich so nicht mehr unterstützen. Wenn ich mir heute die Berichte in den Ausschusssitzungen ansehe, vor allem aber, wenn ich die Antwort auf diese Interpellation durchlese, dann kann ich auch nicht im Entferntesten von einem Plan, von einer Strategie sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, die Staatsregierung hätte hier die Chance gehabt, auf Schönfärberei zu verzichten und ein realistisches Bild zu zeichnen. Nur mit einem realistischen Bild kommen wir nämlich tatsächlich weiter und können beurteilen, wo noch Defizite sind und wie wir uns zukunftsfest und international aufstellen können. Ich gebe durchaus zu, uns allen liegt eine leistungsfähige Hochschullandschaft am Herzen. Die gibt es in Bayern. Hier gibt es Spitzenforschung und Standorte, die auch in der Fläche verteilt



sind und Erfolgsmodelle darstellen. Dennoch liegen die Defizite auf der Hand. Die vielfältige Wissenschaftslandschaft in Bayern kommt noch immer ohne eine auskömmliche Grundfinanzierung durch den Landesherrn aus. In der Interpellation lese ich: Eine finanzielle Ausstattung wird zugesichert, "die die Ansätze des Haushalts 2013 nicht unterschreitet". – Da frage ich mich: Kann es der Anspruch sein, dass wir nicht unter die Finanzierung von 2013 gehen, wenn die Studierendenzahlen seither doch extrem angestiegen sind?

Der Drittmittelanteil ist an den bayerischen Hochschulen seither gestiegen, und zwar auf über 30 % im Schnitt. Das wurde schon genannt. Ja, auch die Grundfinanzierung ist angestiegen. Wenn man die Zahlen aber auf die Studierenden umrechnet, dann sehen wir, dass die Zuweisung des Landes je Studierenden zwischen 2000 und 2011 um 1.000 Euro gesunken ist. Die des Bundes ist währenddessen angestiegen, aber das konnte das Ganze nicht kompensieren. Über diese Sachen steht in der Interpellation aber nichts. Wir wissen das durch mannigfaltige Anfragen. Ich vermute, es gibt Plan und Ziel dahinter, warum darüber in den Antworten auf die Interpellation nichts enthalten ist.

Ein Punkt, der auch mit den Finanzen zu tun hat, ist die Frage, wie es mit den Hochschulgebäuden aussieht. Es gibt einige Hochschulen, da gehört es zu den Aufgaben der Verwaltung, dass sie Regentonnen und Eimer heranschleppt, um dem Problem der Risse im Beton zu begegnen. Es gibt Hochschulen, bei denen Bibliotheken kurz davor standen, wegen der Schneelast einzubrechen. Andere Einrichtungen mussten wegen Wassereinbruch geschlossen werden. Für ein reiches Land wie Bayern ist das ein Armutszeugnis. Wenn wir uns überlegen, dass der Sanierungsstau drei Milliarden Euro beträgt und dass er nicht weniger wird, dann haben wir noch gewaltige Aufgaben vor uns. Davon steht in der Antwort auf die Interpellation aber nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So gesehen schafft sich das Ministerium offenbar eine schöne heile Welt, in der es nicht das Echo von fallenden Betonbrocken oder die Geldforderungen der Hochschulen hört. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wissenschaft kann nur dann exzellent werden, wenn das ganze Drumherum stimmt. Wir müssen deshalb den Sanierungsstau bei den Baumaßnahmen anpacken. Da hilft es nicht, wenn wir neue Gebäude auf die grüne Wiese stellen. Das alles mag berechtigt sein, wir müssen aber einen Plan haben, wohin wir wollen. Es wurde gerade gesagt – und hier stimme ich Ihnen, Herr Jörg, durchaus zu –, die Erfolgsgeschichte der Hochschulgründungen in den Siebziger- und den Achtzigerjahren ist etwas, wovon wir heute noch zehren. Sie sagen aber selbst, zum Erfolg der vielen neuen Standorte, die in der Antwort auf die Interpellation genannt werden – über 70 verschiedene Hochschulstandorte –, gibt es bisher keine Zahlen. Messbare Werte gibt es nur für die großen Standorte, die sich bewährt haben. Klar, wenn man Geld investiert, wenn man etwas gründet, dann kommt immer irgend-etwas dabei heraus. Aber ist das effizient, ist das eine gute Wissenschaftspolitik? – Die Antwort darauf bleiben Sie schuldig. Herr Spaenle, Sie sprechen immer von wissenschaftsgestützter – –

(Oliver Jörg (CSU): Wollen Sie die alle schließen?)

– Nein, schließen wollen wir sie nicht. Aber man muss doch ehrlich bilanzieren, was es bringt, bevor man weitermacht und mehr oder weniger im Wochentakt neue Ministan-dorte gründet, ohne zu wissen, wo man insgesamt gesehen hin will.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Herr Spaenle, Sie sprechen immer von wissenschaftsgestützter Strukturpolitik. Das zeigt ganz klar, wo man hin will. Es geht um Wirtschaftsförderung, es geht um Regionalisierung. Das alles hat seinen Sinn, aber ob dafür immer Hochschulgründungen das richtige Mittel sind, das bleibt dahingestellt. Ich würde mir stattdessen eine strukturierte Wissenschaftspolitik wünschen; denn ich glaube, damit können wir unseren Standort weiter nach vorn bringen als mit dem Gegenteil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie selbst geben doch in der Antwort auf die Interpellation zu, dass die kleineren Standorte mitnichten eine grundständige studentische Infrastruktur aufweisen können. Bibliotheken, Mensen, Wohnheime, Kinderbetreuungseinrichtungen sind an den kleinen Standorten offenbar oft nicht vorhanden. Genau aufgeschlüsselt ist es an der Stelle nicht, aber das würde mich interessieren. Es steht auch drin, dass solche in die Zukunft gerichtete Infrastruktur nur an den großen Hochschulen realisiert werden kann. Das leuchtet mir völlig ein. An Minihochschulen mit unter 1.000 Studierenden und vielleicht einem Studiengang kann man keine Infrastruktur aufrechterhalten, die einen echten Campus ausmacht. Ich frage mich aber schon, ob das das Studieren ist, das wir uns vorstellen. Vielleicht haben wir den Radius auf 20 bis 30 km verringert; wenn aber nur ein Studiengang angeboten wird, dann kann nicht behauptet werden, dass das die Bildungschancen und den freien Zugang für alle Studierenden bieten kann. Das ist doch im Prinzip genau das Gegenteil dessen, was wir uns von einer starken Universität, einer starken Hochschule erwarten.

Außerdem geht es nicht nur um die Attraktivität des Standorts, sondern darum, soziale Barrieren abzubauen. Bei den Wohnheimplätzen und bei Angeboten für Studierende mit Kind sind wir nach wie vor nicht gut ausgestattet. Wir haben gerade gehört, in den letzten Jahren sei in neue Wohnheimbauten investiert worden. Es ging aber nur im Schnecken tempo voran. Die Quote der Wohnheimplätze beträgt noch nicht einmal 10 %. Da waren wir vor vielen Jahren schon besser, damals lag die Quote bei weit über 15 %. Wenn wir uns dann überlegen, wie gleichzeitig an den kleinen, noch mehr aber an den großen Hochschulstandorten die Mieten explodieren – München ist bundesweit Spitzenreiter –, dann kann man doch nur sagen: Wir brauchen mehr Anstrengungen, um nicht zurückzufallen, um die soziale Ungleichheit der Studierenden nicht noch weiter voranzutreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor 500 Jahren hing die Möglichkeit des Studiums von der Standeszugehörigkeit ab. Manchmal kommt es mir so vor, als würde das in Teilen von Bayern noch immer zutreffen. Wir müssen das Studieren aber vom Geldbeutel der Eltern entkoppeln. An dieser Stelle bedeutet für mich Chancengleichheit, dass alle gleichermaßen befähigt sind, ein Studium aufzunehmen, egal, ob sie das Geld haben oder nicht. Es bedeutet auch, dass alle die gleichen Chancen haben, sich im Studium zu entwickeln.

Ich habe gerade viel über die Frauenförderung gehört. Das alles kann ich unterschreiben: Wir bewegen uns hier wirklich im Schneckentempo vorwärts. Vor 500 Jahren haben wir vielleicht noch keine einzige Professorin gehabt. Heute aber zu sagen, nach 500 Jahren wären 18,7 % ein großer Erfolg, das geht nicht. Wenn die Entwicklung so weitergeht, dann würde ich mir schon wünschen, dass wir einen Zahn zulegen. Dafür brauchen wir nachhaltige Maßnahmen, die gegebenenfalls auch mit Sanktionen verbunden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie schreiben in der Interpellation, spezielle geschlechterspezifische Hindernisse vor Studienaufnahme bzw. im Studienverlauf seien nicht bekannt. Das ist für mich nur Hohn und Spott für begabte, qualifizierte junge Frauen. Es mag sein, dass sie die gläserne Decke im Studium nicht mehr zu spüren bekommen oder dass sie stark genug sind, sich durchzusetzen. Mehr als die Hälfte der Absolventen sind Frauen, 46 % der Promovierenden sind Frauen, aber nur 18,7 % sind Professorinnen. Das heißt, die gläserne Decke schlägt später zu, dafür aber umso härter. Es ist unsere Aufgabe, nicht nur im Blick zu haben, was während des Studiums passiert, sondern auch zu prüfen, wie man qualifizierten Frauen später im Wissenschaftsbetrieb die Chance geben kann, die ihnen zukommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch ein Thema ansprechen, das man nicht auslassen kann, und zwar die Bologna-Reform. Davon ist in der Interpellation viel die Rede. Sie wird als Erfolg ge-

wertet. Auch ich werte Bologna als solches als einen riesigen Erfolg für den europäischen Hochschulraum. Sie sagen aber, Verbesserungsbedarf gibt es nur im Bereich der Akzeptanz durch die Wirtschaft oder bei der Employability. Wenn ich aber die Zahlen nehme – wenn ausnahmsweise in der Interpellation überhaupt Zahlen stehen – und sie richtig lese, dann können nur 49,4 % der Bachelorstudierenden und 42 % der Masterstudierenden ihr Studium in der Regelstudienzeit abschließen. In diesem Fall kann man meines Erachtens gar nicht mehr von Regelstudienzeit sprechen. Das sind enorme Defizite. Da wegzuschauen, bringt es nicht. Schönreden bringt es nicht. Wir müssen unseren Studierenden die Möglichkeit geben, ihr Studium zügig abzuschließen, aber so, dass sie gleichzeitig leben, ihr Studium finanzieren, Kinder erziehen oder sich vielleicht demokratisch an den Hochschulen engagieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Tatsache wurde heute noch nicht genannt und kommt leider in der Interpellation viel zu kurz: dass zu einem studierbaren Studiengang vor allem qualifiziertes, motiviertes Personal gehört. Die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses in Bayern ist immer noch – man kann es bloß auf einen Punkt bringen – prekär. Es gibt jede Menge befristete Stellen. Sie überwiegen weit. Es sind häufig Kurzzeitbefristungen mit einer Fülle von Aufgaben, aber unsicheren Perspektiven. Dies macht Wissenschaft als Berufsfeld zunehmend unattraktiv. Das hören wir immer wieder. Wir freuen uns, dass es jetzt eine Selbstverpflichtung der bayerischen Hochschulen zum Umgang mit Nachwuchsstellen gibt. Auch wir GRÜNE haben das lange gefordert. Aber damit kann sich die Staatsregierung nicht aus der Verantwortung zurückziehen. Wir brauchen Konzepte für Lebensarbeitsstellen in der Wissenschaft. Davon ist zwar mal en passant die Rede, aber es wurde kein einziger Lösungsansatz genannt, wie wir diese einführen könnten. Wir freuen uns auch über die Bundesprogramme für die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler; aber wir können nicht verhehlen, dass wir im Ausschuss schon öfter darüber gesprochen haben, dass diese nicht nachhaltig finanziert sind. Das heißt, im Prinzip müsste nach der Anschubfinanzierung durch den Bund das

Land in die Leistung gehen, um das aufrechtzuerhalten. Das ist in keiner Form gesichert. Auch davon ist keine Rede.

Jetzt muss ich doch auf das Thema Masterstudienplätze eingehen. Beispielsweise Baden-Württemberg hat dazu schon sehr frühzeitig ein ambitioniertes Programm aufgelegt, und Bayern liegt bei der Anzahl der Masterstudierenden bundesweit immer noch ganz hinten. Es wurde gesagt, wie mit den BAföG-Geldern umgegangen wurde. Diese wurden auch in Baden-Württemberg vollumfänglich in den Bildungsbereich gesteckt, und zwar in Hochschulen und Schulen, weil beide wichtig sind, um Chancengerechtigkeit herzustellen; aber es wurde zusätzlich noch frisches Geld für die Hochschulen in die Hand genommen. Insofern möchte ich gerne zugeben, dass Bayern gut ist, und das freut mich auch sehr; aber andere Bundesländer sind es auch. Da könnten wir uns durchaus einiges anschauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Beschäftigten an Hochschulen betrifft, nennt die Antwort auf die Interpellation keine Zahlen zur Wirksamkeit der Maßnahmen zu den Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft. Ich denke, das ist die große Aufgabe für den Rest der Legislatur. Hier muss endlich etwas kommen. Das gilt auch – wir haben es schon gehört – für die Demokratisierung der Hochschulen. Auch dazu ist in der Antwort außer Allgemeinplätzen kaum etwas zu lesen. Wer wissen will, wie es tatsächlich aussieht mit ehrenamtlichem Engagement neben einem sechssemestrigen Bachelorstudiengang, sollte sich mal mit den Hochschulgruppen unterhalten. Der Einstieg in die Gremienarbeit und die akademische Selbstverwaltung ist für sie so fast unmöglich. Gleichzeitig gibt es keine Aufwandsentschädigungen, keine verfasste Studierendenschaft und keine Möglichkeiten, eine Mitarbeit darüber hinaus wirklich attraktiv zu gestalten. Ich lese selber in der Antwort auf die Interpellation und finde das fast schon Hohn und Spott: Die niedrige Wahlbeteiligung bei Studierendenwahlen liegt an den geringen Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden. – Was soll man dazu sagen?

(Isabell Zacharias (SPD): Bodenlos!)

Bringt nichts. Insofern interessiert es keinen. Wir können so weitermachen. Demokratisierung der Hochschulen ist offensichtlich nicht notwendig. Dabei brauchen wir ein wirkliches Mitspracherecht für die Studierenden. Sie sind die größte Statusgruppe. Sie haben es verdient, das Leben, Lernen und Forschen mitzugestalten. Ich glaube, es würde dadurch nicht schlechter werden, sondern eher besser. Demokratisches Engagement ist in Zeiten wie diesen, in denen die Antidemokraten mehr und mehr an Boden gewinnen und Rechtspopulisten die Wissenschaft schmähen, unglaublich wichtig. Wir müssen lernen, gerade unsere Hochschulen als Ideenlabore für die Demokratie zu verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Studierende können mitentscheiden. Immer wieder wird darauf Bezug genommen, die Wahlbeteiligung sei gering. Dazu muss man sagen: Sobald es wirklich etwas zu entscheiden gibt, sind die Studierenden da und stimmen mit. Bei der Urabstimmung zum Münchner Semesterticket haben zwei Drittel abgestimmt. Im Vergleich dazu haben bei der OB-Stichwahl in München 38,5 % abgestimmt. Die Gremienwahlen bei der IHK wurden gerade einmal von 6 % der Mitglieder genutzt, und auch diese sind demokratisch legitimiert. Da muss man mal genauer hinschauen. Insofern kann man nicht von mangelndem demokratischem Interesse der Studierenden reden. Wir müssen ihnen einfach die Möglichkeit zum Mitentscheiden geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Diese Interpellation hätte eine wichtige Etappe sein können, um ein realistisches Bild der bayerischen Hochschullandschaft zu zeichnen. Diese ist breit und vielfältig. Wir brauchen Spitzenforschung, wir brauchen Exzellenz. Wir brauchen aber auch Investitionen in die Fläche. Und wir brauchen ein klares Bild, wie das genau zukunftsfest aufgestellt werden kann. Wir GRÜNE haben dazu sehr viele Vorschläge gemacht. Viele davon werden mit Bezug auf eine falsch verstandene Hoch-

schulautonomie abgebügelt. Das ist ein Rückzug aus der Verantwortung des Freistaats. Wir möchten aber, dass eine Wissenschaftspolitik Politik ist, die Weichenstellungen vornimmt, wie die Hochschulen 2030 aussehen sollen. Daran arbeiten wir GRÜNE gern weiter mit. Aber wir brauchen dazu mehr als die Beantwortung einer Anfrage, mehr als diese Interpellation. Wir brauchen dazu eine echte Diskussion auf der Basis von Fakten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Kollegin Osgyan. – Das Wort hat der Staatsminister Dr. Spaenle. Bitte schön.

**Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium):** Herr Präsident, Hohes Haus! Ich darf zunächst den Kolleginnen und Kollegen danken, die sich in intensiver Arbeit einer Vielzahl von oft sehr detailreichen Frageansätzen gewidmet haben, und nehme heute gern die Möglichkeit wahr, die Leitlinien und die Strategie der bayerischen Hochschulpolitik zu verdeutlichen.

Wir haben erstens die Aufgabe, den jungen Menschen in unserem Land eine wissenschaftliche Ausbildung zu ermöglichen, die sie auf herausragende Spitzenanforderungen vorbereitet, entweder auf einem beruflichen Weg, der akademische Bildung voraussetzt, oder die ihnen die Wege eröffnet, selbst im Bereich der Wissenschaft, Forschung und Lehre Herausragendes zu leisten.

Wir haben zweitens die Aufgabe, unsere Hochschulen so anzulegen, dass sie diesem Anspruch mit der Verbindung von Lehre und Forschung, was man das humboldtsche Bildungsideal nennt, leistungsfähig gerecht werden.

Wir haben zum Dritten die Aufgabe, unsere Hochschulen, gleich welcher Gattung, zu Orten des gesellschaftlichen Diskurses zu machen und weiterzuentwickeln, damit sie Antworten auf die Fragen unserer Zeit geben. Das ist eine der ganz wesentlichen Aufgaben.



Das Vierte ist die Frage der Zurverfügungstellung herausragender Infrastruktur. Wir machen das in Bayern – der Kollege Jörg hat es dankenswerterweise angesprochen – in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den Kernaufgaben des Landes, auf der einen Seite wissenschaftspolitische Entwicklungen zu steuern und zu organisieren und auf der anderen Seite Eigenverantwortung auf die Hochschule zu übertragen. Dabei haben wir 2006 eine Balance gefunden. Wie sich zeigt, sind wir den richtigen Weg gegangen, einerseits Eigenverantwortung zu übertragen und andererseits Leitungs- und Steuerungsmechanismen auf Landesebene weiterhin zur Verfügung zu stellen. Wenn man sieht, wie etwa in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ein Rollback in der Hochschulgesetzgebung stattfindet, weil sich dort das Land wieder in die Lage versetzen muss, gewisse Lenkungs- und Leitungsaufgaben wahrzunehmen, dann muss man sagen: Bayern ist mit dieser ausgewogenen Form des Übertragens von Verantwortung auf die Einzelhochschule auf der einen Seite

(Thomas Gehring (GRÜNE): Korrekturen der Vergangenheit!)

und der Wahrnehmung der wissenschaftspolitischen Gesamtverantwortung auf der anderen Seite auf dem richtigen Weg. Wir sind mit der dritten Generation des sogenannten Innovationsbündnisses auf dem Weg, in dem vor uns liegenden Jahr die Voraussetzungen – das ist eine klare Absichtserklärung – für die vierte Generation des Innovationsbündnisses zu schaffen. Mit diesem Steuerungsinstrument, das in beeindruckender Weise – es ist schon angesprochen worden – finanzielle Planungssicherheit für die Hochschulen bedeutet, werden wir diesen Herausforderungen gerecht, die im Wissenschaftsbereich in besonderer Weise auftreten.

Vorher wurde die Bezugnahme auf das Haushaltsjahr 2013 bewusst missinterpretiert. Die Besonderheit ist in der Finanzierungszusage des Freistaats für die bayerischen Hochschulen begründet. Das Innovationsbündnis legt eine Untergrenze fest, die auf keinen Fall unterschritten werden darf, und zwar mit der Bezugsgröße der Mittel im jeweiligen Haushaltsjahr seiner Verabschiedung. Das ist selbstverständlich der Punkt, der den Aufwuchs in den vergangenen Doppelhaushalten mit sich gebracht hat. Das

wird – das ist die politische Absichtserklärung, die ich heute hier vor dem Bayerischen Landtag für die Staatsregierung geben möchte – in den jetzt beginnenden Gesprächen über die Fortsetzung des Innovationsbündnisses in seiner vierten Generation für den Zeitraum zwischen 2018 und 2023 wiederum die Grundlage bilden. Bezugsgröße werden die Mittel sein, die im Haushaltsjahr des Abschlusses zur Verfügung stehen. Dieses Innovationsbündnis legt die inhaltlichen Rahmenbedingungen für ein halbes Jahrzehnt der wissenschaftspolitischen Entwicklung in unserem Land fest und legt ebenso fest, dass sich diese Rahmenbedingungen mit der Einzelzielvereinbarung für jede einzelne Hochschule – das trifft auch für die Musik- und Kunsthochschulen zu – ausprofilieren. Dabei ist die ganze eigene Situation maßgeblich, in der sich eine Hochschule sowohl geografisch als auch hinsichtlich der soziologischen Herausforderung befindet, aber natürlich auch in Bezug auf die Aufgabe in der angewandten oder grundlegenden Forschung.

Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe und die Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit auch im akademischen Bereich. Das ist für uns ein ganz zentraler Ansatz der hochschulpolitischen Agenda. Deswegen haben wir die Studienbeiträge als individuelle Beiträge abgeschafft, ohne die Lenkungswirkung der Studienbeiträge, die zu einer Verbesserung der Lehre geführt haben, zu schwächen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Abschaffen müssen!)

– Da spricht der Richtige, ich komme gleich darauf zu sprechen. Wir beobachten sehr genau, wie die Kollegen in Baden-Württemberg dieses Grundprinzip durch die Hintertüre wieder auflösen.

Des Weiteren haben wir mit einem sehr hohen Anteil eines Jahrgangs – Kollege Jörg hat es angesprochen, es sind knapp 380.000 Studierende in Bayern – eine so große Heterogenität unter den Studierenden, wie wir es vorher noch nie an den Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften hatten. Dem wollen wir Rechnung

tragen, indem wir die Frage, wie studiert werden kann, etwa mit berufsbegleitenden dualen oder mit Teilzeitstudiengängen weiterentwickeln.

Auch das Bachelor- oder Bologna-System, an dessen Einführung ich in der Gesetzgebung mitwirken konnte, haben wir durchaus verantwortungsvoll umgesetzt. So haben wir zum Beispiel im bayerischen Hochschulrecht die Möglichkeit geschaffen, dass in bestimmten Studiengängen bei bestimmten Anforderungen der bisherige Titel über den Einführungszeitraum hinaus weitergeführt werden kann. – Ihren Ansatz, Herr Kollege Piazzolo, die Wiedereinführung des Diploms zu versuchen, halte ich für wissenschaftspolitische Geschichtsklitterung. Wenn man sich für ein gestuftes Abschlusssystem entscheidet, muss man daraus auch die Konsequenzen ziehen und dieses System so gestalten, dass es trägt. Etwas anderes ist das, was die TU9 machen. Sie attestieren die Gleichwertigkeit bestimmter Abschlüsse mit dem Diplomabschluss früherer Art. Dieser Weg wird von der Vereinigung der neun Technischen Universitäten in unserem Land gegangen. Ich halte auch den Versuch, der in Mecklenburg-Vorpommern unternommen wird, für untauglich, auch wenn wir diesen aufgrund des Studienakkreditierungsstaatsvertrags im Moment wohl noch werden hinnehmen müssen.

Wichtig für die Umsetzung der Teilhabegerechtigkeit ist ein adäquates Angebot an Studienplätzen. Bayern kann sich mit seinem Ausbauprogramm von weit mehr als 50.000 Studienplätzen bundesweit sehen lassen. Über 4.000 Stellen sind im Geltungsbereich dieses Programms inzwischen geschaffen worden. Dieses Programm ist noch vom Kollegen Thomas Goppel auf den Weg gebracht worden. Ich will sehr deutlich auf die Beschäftigungssituation der Menschen hinweisen, die sich in der Wissenschaft engagieren. Drei Viertel der Stellen, die im Rahmen des Ausbauprogramms an den bayerischen Hochschulen geschaffen wurden, sind unbefristete Stellen. Wir werden mit den kommenden Doppelhaushalten Anstrengungen unternehmen, auch die noch vorhandenen kw-Stellen – das ist mein Ziel – in unbefristete Stellen zu überführen. Die Zahl der Studierenden mit einem absoluten Allzeithoch von 378.000 Studierenden ist bereits angesprochen worden.

Übrigens sind die Ziele des Ausbauprogramms erfüllt worden. Ziel des Ausbauprogramms war es, dass 50 % des Zuwachses an den Universitäten und 50 % an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften erfolgen sollen. Dieses Ziel ist erfüllt worden. Für mich ist aber noch bemerkenswerter, dass das Ziel eines Zuwachses von 50 % in den MINT-Fächern und von 50 % in den anderen Fächerfamilien ebenso gelungen ist. Das wurde im Hinblick auf die Nachfrageorientierung und die Notwendigkeit entsprechend qualifizierter akademischer Fachkräfte in den MINT-Fächern viel zu wenig wahrgenommen.

Eine ganz wesentliche Grundlage für den Erfolg dieses Ausbauprogramms ist die Fortführung des Hochschulpakts. Ich habe in meiner Funktion als Sprecher der unionsgeführten Länder in der gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz an der Lösung dieser Fragen mitgewirkt. Wir werden alles daran setzen, dieses Ausbauprogramm auch über das Jahr 2020 hinaus zu erhalten. Das ist auch ein Appell an alle Vertreter hier im Hohen Haus, die auf Bundesebene mitwirken. Wir wollen darauf Einfluss nehmen, dass die Mittel, die der Bund in den Hochschulpakt investiert, auch langfristig für den Aufbau und die Sicherung der Studienplatzkapazitäten zur Verfügung stehen. Wir werden dies mit aller Intensität verfolgen.

Die Versorgung mit Studienplatzkapazitäten allein ist in einem gestuften Studiensystem genauer zu betrachten. Wir müssen für die junge Generation, die jetzt den Bachelorstudiengang durchläuft, eine adäquate Zahl an Masterstudienplätzen vorhalten. Wir können dies sicherstellen und tun dies auch. Nicht sicherstellen können wir, dass für jeden Studierenden an der Hochschule, an der er gerade studiert, ein unmittelbarer Anschluss im Masterstudiengang seines Wunsches möglich ist. Allerdings können wir sicherstellen, dass wir die erforderlichen Kapazitäten an Masterstudienplätzen anbieten. Wir haben ein Master-Sonderprogramm mit einem Gegenwert von 30 Millionen Euro aufgelegt. Das Institut für Hochschulforschung erstellt auf meine Anregung hin eine Prognose zur Abschätzung der Entwicklung der Masterkapazitäten. Wir können feststellen, dass die überwiegende Zahl der Masterstudiengänge in Bayern nicht zu-

lassungsbeschränkt ist. Auch das beobachten wir jedes Studienjahr sehr genau, um die Entwicklung, die manchmal sprunghaft ist, im Auge behalten zu können und darauf reagieren zu können.

Zur sozialen Infrastruktur und zu dem Engagement dafür ist das Notwendige gesagt worden. Dem Kollegen Jörg bin ich sehr dankbar dafür, dass er den Bewertungsmaßstab angesprochen hat. Dass das Engagement Bayerns für den Aufbau studentischen Wohnraums noch stärker werden muss, ist, glaube ich, objektiv nachvollziehbar.

Besonders wichtig ist mir im Zusammenhang mit Zugangsgerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit die Begabtenförderung an unseren Hochschulen. Als einziges Land hat Bayern ein Begabtenförderungskonzept, das von den weiterführenden Schulen bis zum Postdoc geht, aufgelegt. Wir haben dieses Konzept für die Hochschulen auch weiterentwickelt. Wir haben es mit einer stufenweisen Anhebung der Stipendien des Max Weber-Programms fortgeschrieben. Für uns ist die Begabtenförderung das Maximum an Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit, weil es Durchlässigkeit auch unabhängig von der sozialen Herkunft sicherstellt.

Für uns ist es auch wichtig, die Differenziertheit des Hochschulwesens aufrechtzuerhalten. Dazu gehören einerseits die Universitäten als Orte umfassender Grundlagenforschung und des Promotionsrechts als Instrument einer großen umfassenden und grundlegenden Arbeit, die die entsprechende Forschungsdichte und Forschungsintensität einer Universität darstellt, und andererseits die Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit einem dramatischen Fortschritt in der angewandten Forschung. Unser Prinzip des Bestendurchstiegs haben wir mit dem Instrument der Verbundpromotion verwirklicht, die in ihrer Wirkung offensichtlich nicht wahrgenommen wird. Dieses Prinzip bedeutet, dass die beiden Hochschulkonferenzen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften und der Universitäten Bayerns auf Augenhöhe sich darauf verständigt haben, dass der Zugang begabter junger Menschen und der sie begleitenden und betreuenden Wissenschaftler zur Promotion am Standort Bayern fortentwickelt wird. Damit haben wir bundesweit ein Signal gesetzt, auf das es aus allen anderen Ländern

bisher nur insuffiziente Antworten gegeben hat. Das Prinzip des Bestendurchstiegs eröffnet Absolventen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften den Weg zur Promotion.

Barrierefreiheit ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern ist uns, die wir auch für die bauliche Infrastruktur Verantwortung tragen, wichtig. In diesem Doppelhaushalt stehen speziell für die Weiterentwicklung der Barrierefreiheit an den bayerischen Hochschulen knapp 9 Millionen Euro zur Verfügung. Wir müssen uns für die Barrierefreiheit weiter anstrengen. Das ist selbstverständlich, aber ich wollte auf dieses Thema in besonderer Weise hinweisen.

Der Exzellenzbegriff gilt für mich in der Wissenschaftspolitik in dreifacher Weise. Zunächst geht es um die Exzellenz der Infrastruktur. Auf die Entwicklung der Ausgaben für die Wissenschaft in Bayern ist hingewiesen worden. Die Ausgaben sind in den vergangenen zehn Jahren um 33 % erhöht worden. Ich will deshalb darauf hinweisen, weil bei der Betrachtung der Wissenschaftslandschaft in Bayern immer die Tatsache untergeht, dass wir neben den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und den Universitäten – die Zahlen sind genannt worden – auch eine ganze Reihe von außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben, die das Land alleine trägt. Ich will nur auf den Standort München und den Forschungsverbund etwa im Bereich der historischen Forschungseinrichtungen, beispielsweise der Monumenta Germaniae Historica, von weltweitem Renommee und einer ganzen Reihe anderer, die wir im Lauf der vergangenen fünf, sechs Jahre weiterentwickelt haben, eingehen. Dazu gehört auch die Strukturreform, die die Bayerische Akademie der Wissenschaften im Begriff ist zu vollenden. Auch das gehört zur Wissenschaftslandschaft, die von Bayern aus geprägt wird.

Exzellenz in der Forschung: Ich glaube, dass sich die bayerische Hochschullandschaft sowohl im Bereich der Universitäten als auch der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in ihrer Forschungsstärke mehr als sehen lassen kann. Die beiden Münchener Universitäten liegen in der Regel im bundesweiten, ja im weltweiten Vergleich

ganz vorne, wenn sie nicht überhaupt *die* Universitäten sind, die die deutsche Wissenschaftslandschaft in diesen Rankings, so fehlerhaft sie sein mögen, repräsentieren. Auch die Leistungsstärke und die nahezu explosionsartige Leistungsverbesserung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften sprechen dafür. Bayern hat sich deswegen auch stark dafür engagiert, dass wir in der letzten Runde der Exzellenzinitiative zur neuen Strategie, zur Weiterentwicklung der Exzellenzstrategie gekommen sind. Es war für mich ein besonderer Schwerpunkt der Verhandlungen und Gespräche auf Bundesebene, trotz aller Gegensätzlichkeiten in der Großen Koalition gemeinsam den Artikel 91b des Grundgesetzes auf den Weg zu bringen, der institutionelle Förderung ermöglicht hat. Mit dieser Verstetigung der Exzellenzstrategie können wir jetzt zum ersten Mal eine Grundlage für das strategische Ziel schaffen, die universitäre Forschung angesichts der Auseinanderentwicklung der Forschungsintensität und der Forschungsstärke zwischen den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die im Pakt für Forschung und Innovation auf Bundesebene eine jährliche Zuwachsgarantie erhalten hatten, und den Universitäten mit ihren beiden Kernaufgaben, nämlich akademische Lehre und Forschung voranzutreiben, deutlich nach vorne zu bringen. Auch das Design dieser weiterentwickelten Exzellenzstrategie, für die die bayerischen Universitäten gerade ihre Vorbewerbungsstudien abgegeben haben, trägt bayerische Handschrift. Ich bin mir sicher, dass wir hier im Laufe dieses Spätsommers bis hinein in das Jahr 2018 entsprechende positive Wettbewerbsergebnisse erhalten werden.

Es geht um die Grundausrüstung. Wir sehen auf der einen Seite den Erfolg unserer Hochschulen beim Einwerben von Drittmitteln. Das bedeutet aber auf der anderen Seite, dass wir eine Antwort geben müssen auf das Auseinandergehen – das müssen wir im Blick behalten, wie angesprochen worden ist – des Anteils der Grundausrüstung und des steigenden Anteils an drittmittelgestützten Unternehmungen, die Erfolgsausweis für unsere hohen Schulen sind.

Bayern stellt als nahezu einziges Land mit circa 141 Millionen Euro BAföG-Mitteln und deren Investition in den Wissenschaftsbereich einen Sonderfall dar. Der Bundestag

hat nachgefragt, wie die Länder diese BAföG-Mittel, die die Entlastung bringen, verwenden. Das ist die Nagelprobe der Wissenschaftspolitik: Wir haben mit diesen Mitteln, aus diesem Topf die Grundausrüstung für jede einzelne Hochschule und für jede einzelne Universität – ein Mehr ist da natürlich immer noch besser – erhöht und vorangebracht.

Uns geht es darum, Exzellenz in der Lehre zu begründen, auch in der Situation des wissenschaftlichen Personals. Wir haben deswegen diese Selbstverpflichtung, die angesprochen wurde, mit angeregt und gestaltet. Und sie zeigt Wirkung: Von 2015 auf 2016 hat sich der Anteil der Erstbefristungen auf weniger als zwölf Monate um ein Drittel reduziert. Um ein Drittel! Das ist ein ganz frisches Ergebnis dieser Erhebung. Und die längeren Befristungen sind im selben Zeitraum, in einem Jahr, von 63 % auf 75 % gestiegen. Das ist zwar eine Zwischenetappe, macht aber doch deutlich, dass wir es ernst meinen mit der Verbesserung der Situation der jungen Menschen, die ihren Weg in der Wissenschaft gehen wollen.

Auch an der Ausgestaltung des Programms für 1.000 zusätzliche Tenure-Track-Professuren konnten wir mitwirken. Bayern wird hier seinen Anteil umsetzen. Die Länder sind verpflichtet, diese Stellen zu übernehmen, zu deren Finanzierung der Bund für fünf Jahre bereit ist, und ihre Weiterführung zu garantieren. Das ist Teil des Pakts. Das gilt auch für die Wahrnehmung der Chancen junger Frauen in der Wissenschaft, ein Thema, das mir besonders wichtig ist. Hier müssen wir besser werden; dies ist völlig klar.

Wir haben mit der Schaffung eines neuen Studienorientierungsverfahrens zum Beginn dieses Jahres – vielleicht haben Sie das noch nicht wahrgenommen, nachdem beklagt wurde, dass es so etwas nicht gibt – ein neues Instrument auf den Weg gebracht, das auch wirken soll und wirkt, was die Frage betrifft, welcher Studierende wie seinen Weg findet.



In der Forschung, die ihren Nukleus und ihren Ausgangspunkt in Bayerns Universitäten hat, verzeichnen wir große Erfolge mit dem Leibniz-Institut, das aus der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg erwachsen ist. Dabei ist der jüngste, wirklich große Schritt die Aufnahme des IOS, des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung der Universität Regensburg, im Jahr 2017. Dies lässt uns aber nicht ruhen; wir wollen auf diesem Weg weitergehen. Deswegen bin ich sehr froh darüber, dass sich viele bayerische Hochschulen beim Wettbewerb des Bundes Innovative Hochschule beworben haben. Wir in Bayern hätten uns hierfür deutlich mehr Länderinitiative, das heißt mehr Geld vonseiten der Länder, gewünscht. Dies war aber leider nicht durchsetzbar.

Bayern hat zudem 2012 als einziges Land neben den Bund-Länder-Instrumenten, die in Bayern zur Anwendung kommen, ein eigenes Landesprogramm zur Unterstützung der Internationalisierung der bayerischen Hochschulen auf den Weg gebracht. Damit können wir uns durchaus sehen lassen. Wir sehen insgesamt, dass Deutschland bei der Attraktivität als Studienstandort inzwischen weltweit nach den englischsprachigen Ländern gemeinsam mit Frankreich auf Platz vier liegt. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Für die Exzellenz der baulichen Infrastruktur stehen wir natürlich auch in besonderer Verantwortung. Mein Vorgänger Thomas Goppel hat das Programm angestoßen, mit dem über zehn Jahre vier Milliarden Euro investiert worden sind. Wir wollen dieses weiterführen; auch das müssen wir als Daueraufgabe verstehen. Wir müssen auf der einen Seite in neue Infrastruktur investieren – das ist völlig klar, weil wir den Anforderungen eines Wissenschaftsbetriebes in den Jahren 2017/2018/2019 gerecht werden müssen. Auf der anderen Seite müssen wir in den Bestand investieren. Das wollen wir auch mit den Mitteln, die wir im Jahr auch für Inklusion und Barrierefreiheit zur Verfügung haben, nach vorne bringen. Dazu darf ich ein paar wenige große Projekte nennen, etwa das Klinikum Großhadern, das im Endausbau eine Milliarde Euro erfordern wird, die Bedarfe an der Friedrich-Alexander-Universität oder die Anstrengungen, um

das neue Universitätsklinikum in Augsburg zu errichten, die bereits angesprochen wurden.

Wir stehen vor der Herausforderung, die Digitalisierung in mehrfacher Hinsicht mit unseren Hochschulen zu gestalten. Sie sind wahrscheinlich die einzigen Orte, die von der Digitalisierung wie unsere gesellschaftliche Wirklichkeit insgesamt erfasst werden. Wir sind aber auch an dem Ort, an dem Digitalisierung gestaltet werden kann – durch Forschung, durch angewandte Forschung und durch Veränderungen in der Lehre. Wir strengen uns hier an mit der Digitalisierungsstrategie, mit dem Zentrum Digitalisierung.Bayern und mit den – Sie wissen das – 20 zusätzlich geschaffenen Professuren, die wir wettbewerblich vergeben haben. Das haben wir, wie ich meine, mit großem Erfolg getan, auch was die Teilhabe der gesamten Wissenschaftslandschaft angeht. Wir haben das Instrument der Nachwuchsforschergruppen und der Innovationslabore eingeführt, die sich gerade in der Umsetzung befinden. Wir freuen uns, dass mit dem Leibniz-Rechenzentrum hier in München unter dem Dach der Bayerischen Akademie einer der ganz großen Super-Computing-Standorte in der Welt entstanden ist.

Wir hoffen sehr, dass wir mit der Bewerbung Bayerns für das Deutsche Internet-Institut Erfolg haben. Die Konkurrenz ist massiv. Da gibt's aus Berlin durchaus Ansagen, dass das auf keinen Fall nach Bayern soll. Wir sind für diesen Weg gerüstet.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, die Bedeutung von wissenschaftlichen Einrichtungen für den Flächenstaat Bayern. Es ist völlig falsch verstanden, wenn man wissenschaftsgestützte Regional- und Strukturpolitik als Einknicken der Wissenschaftspolitik vor der Wirtschaft versteht. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben nach dem Krieg mit vier Universitäten begonnen, zwei in München, einer in Erlangen-Nürnberg, einer in Würzburg, und einigen traditionsreichen Standorten der sogenannten Ingenieurschulen. Wir sind inzwischen bei den Zahlen angelangt, die Sie kennen: neun Landesuniversitäten plus die Katholische Universität in Eichstätt, siebzehn Hochschulen für angewandte Wissenschaften, weitere vor allem in kirchlicher Trägerschaft. Die Strategie, auch akademisch gestützte Bildung und wissenschaftsgestützte Mög-

lichkeiten der angewandten Forschung und der Grundlagenforschung zu den Menschen zu bringen, ist eine der ganz großen Erfolgsgeschichten dieses Landes, was den Verfassungsauftrag angeht, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Dieses Parlament hat ihn über Jahrzehnte hinweg vorangetrieben.

Die Wirkung ist abschätzbar. Es gibt eine erste Untersuchung vom IHF, dem bayerischen Forschungsinstitut, die die Wirkungsweise der neuen, regionalen Standorte insbesondere bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften wissenschaftlich nachvollziehbar macht. Die nächste Stufe ist bundesweit in der Tat einmalig. Sie beinhaltet die erwähnten 30 Standorte. Dort besteht die Möglichkeit, angewandte Forschung oder akademische Bildung und Weiterbildung standortbezogen in Anspruch zu nehmen. Das ist ein weiterer Schritt zur erfolgreichen Fortentwicklung der Wissenschaftspolitik in Bayern.

Ich hoffe, dass Ihnen meine Ausführungen zu den wissenschaftspolitischen Leitlinien Einblicke eröffnet haben.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.